Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 26 (1946-1947)
Heft: 2

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wir unsererseits haben das Vertrauen, daß auf dem nun beschrittenen Weg die Gesundung der Deutschen erreicht werden kann, und haben das Vertrauen, daß wir auf ihm werden weitergehen können, wenn uns neue Erschütterungen erspart bleiben.

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Die Berichtsperiode bietet aus der Sphäre der internationalen Politik keine Ergebnisse oder auch nur Ereignisse von besonderer Bedeutung. So zeichnen sich die ersten Gehversuche der *UNO* nach wie vor durch dieselben charakteristischen Merkmale aus, und stets spiegelt sich in ihnen an erster Stelle die Belastung des westlich-russischen Verhältnisses. Die *persische Frage* dürfte trotz des noch bestehenden Prozedurstreites praktisch erledigt sein, und das Ergebnis ist auch durchaus das erwartete: den Russen ist eine verstärkte Einflußsphäre zugefallen, und die Engländer werden sich demnach künftig auch in diesem Bereiche stärker als bisher zur Wehr zu setzen haben. An Stelle der persischen ist nun vor dem Forum der UNO die *spanische Frage* ins Blickfeld gerückt worden; doch wird man auch hier ein größeres Ergebnis nicht zu erwarten haben, weil die Westmächte nach wie vor an einer ernstlichen Beeinträchtigung des Regimes Franco kein Interesse bekunden werden, sich vielmehr im höchsten Fall für eine allmähliche Liberalisierung dieses Regimes gewinnen lassen dürften. Übrigens werden die Beratungen der UNO in den nächsten drei Wochen jedenfalls vor dem Ausmaß und Gewicht der *Außenminister-Konferenz in Paris* in den Hintergrund treten. Dort aber soll nun ein erster, ernster Schritt nach vorwärts im Bereiche der *Friedensverträge* erfolgen, — und mit ausgesprochener Spannung wird man insbesondere der Lösung der *Probleme Italiens* entgegensehen, der ersten großen Probe, wo die westlichen Ansprüche der Sowjetunion gegen die Pfänder ausgehandelt werden, die den Westmächten im Osten, vor allem durch die Betätigung der Kreditschraube, zur Verfügung stehen. Aus dem italienischen Bereiche ist im einzelnen zu berichten, daß sich für die *Treuhandschaft über Tripolitalien,* wo nach wie vor der sensationelle Anspruch Rußlands im Vordergrund steht, neuerdings auch die Arabische Union gemeldet hat, — für sich selbst, bezw., wenn eine Kollektiv-Treuhandschaft nicht in Frage käme, zu Gunsten Ägyptens. So bestehen also nunmehr verschiedene Anwartschaften auf dieses begehrte Gebiet; doch wäre es sicher die einfachste und den europäischen Interessen am meisten dienliche Lösung, wenn die Treuhandschaft am Ende einfach — Italien selbst übergeben würde, wie eben erst jemand vorschlug. Das Land hat übrigens im Vorfeld der Friedenskonferenz immer noch mit zunehmenden innerstaatlichen Schwierigkeiten zu rechnen; neuerdings wollen sich nämlich auch die Sarden selbständig machen. Sie seien, so hieß es, wie übrigens auch die Sizilianer, mehrheitlich monarchistisch gesinnt, während auf der Halbinsel die republikanische Strömung immer mehr überwiegen will. In diesem Zusammenhang sei sogar bereits der Gedanke eines *Königreiches Sardinien-Sizilien* aufgeworfen worden, zu dessen

Monarchen Herzog Umberto von Savoyen (also der jetzige Statthalter von Italien) in Aussicht genommen wäre [1]). Blicken wir weiter im Bereiche des *Mittelmeers,* so stellen wir nach wie vor gesteigerte Bewegung fest, wie die unabgeklärte Lage nach den *Wahlen in Griechenland* erkennen läßt, während der demonstrative Charakter des *amerikanischen Flottenbesuches in der Türkei* auf eine deutliche Verstärkung der westlichen Interessen an der Blockstelle der Dardanellen schließen läßt.

Allein es besteht bei der Würdigung der großen Probleme zwischen Ost und West immer mehr der bestimmte Eindruck, daß sich die Gegensätze nicht überspitzen werden, weil niemand in der Lage oder gewillt ist, in diesem Zeitpunkt eine kriegerische Auseinandersetzung zu unternehmen. Allenthalben ist man vielmehr durchaus auf die Sicherung und den Ausbau der erworbenen Positionen bedacht, und in solchem Bestreben zeigt sich schließlich doch nichts anderes als jener *machtpolitische Interessenkampf,* den wir in der Geschichte stets erlebt haben, seitdem es Großmächte gibt. Zwar hat dieser Kampf für diesmal eine besondere Bedeutung, weil er von der einen Seite nicht nur machtpolitisch, sondern auch ideologisch im Sinne eines ausgesprochenen Vorstoßes in die bestehende soziale Ordnung geführt wird, doch brauchen wir deswegen nicht im geringsten aufgeregt oder ängstlich zu sein; sind doch die Gegenkräfte mit Energie und Auszeichnung am Werk. Das zeigte sich — um unter vielen nur zwei Beispiele zu nennen — insbesondere bei dem sozialistischen Parteikongreß in Italien, wo unter aktiver Assistenz des britischen Labourführers Prof. Laski der kommunistischen Strömung eine rechte Niederlage bereitet wurde, gleichermaßen zeigt es sich aber auch in diesen Tagen in Deutschland, wo der kommunistischen Einheitsbewegung der Übertritt aus der russischen Zone immer schärfer und konsequenter verwehrt wird.

Freilich weist die *westliche Front* nicht jene Geschlossenheit auf, die angesichts der gegenüber den mächtigen Ansprüchen aus dem Osten gestellten gewaltigen Aufgabe wohl zu erhoffen, wohl zu erwarten wäre. So sieht sich *Frankreich* unter dem starken innerkommunistischen Druck dieser Tage mehr und mehr veranlaßt, eine gleichsam vermittelnde Haltung zwischen den Mächten anzunehmen. Immerhin ist das — wird man sagen — vorerst eine provisorische Entscheidung. Wie aber soll sich die weitere Entwicklung dieses Landes gestalten? Das Volksurteil darüber wird auch am 5. Mai noch nicht fallen; denn — ob nun die neue Verfassung gemäß der Vorlage der Nationalversammlung angenommen wird oder nicht —: die wirkliche Entscheidung können erst die kommenden Wahlen bringen. Sofern dann die kommunistische Stimmkraft nicht wesentlich vermindert erscheinen sollte, wird die Lage Frankreichs sicher recht schwierig werden, und seine wirtschaftliche Erholung könnte dann durch das Ausbleiben der erwarteten Kredite stark in Frage gestellt sein. So mußte es in der Unsicherheit dieser Perspektiven auch um die *britisch-französische Allianz* wieder wesentlich stiller werden... Eines ist gewiß: man würde wohl eine solche Entwicklung Frankreichs im gesamten westlichen Bereiche mit Bedauern aufnehmen, müßte sie doch dieses geprüfte Land am Ende einer neuen Schwächeposition aussetzen, die man seinerzeit unter der Führung des *Generals de Gaulle* weitgehend überwunden glaubte. Oder wird er wieder kommen? Unter dem Eindruck solcher Perspektiven beleben sich unwillkürlich jene Erinnerungen, die mit dem kürzlich erfolgten Hinschied des britischen *Feldmarschalls Lord Gort* geweckt wurden, und die in den schicksalhaften *Herbst des Jahres 1939* zurück-

---

[1]) Vgl. den anschließenden Bericht «Italien vor der großen Entscheidung».

weisen; denn auch damals scheiterte Frankreich an einem Schwächezustand, der übrigens ganz ähnlicher Natur war. So wurde beim Tode Lord Gorts wieder davon gesprochen, daß er damals Befehlshaber des britischen Expeditionskorps in Frankreich war, und als solcher dem Oberbefehl *General Gamelins* unterstand. Und die Agentur Reuter bemerkte dazu, es sei bekannt, daß der Verstorbene beim deutschen Überfall auf Polen eine wuchtige Offensive vom Westen her befürwortete. Vergeblich... Gerade um dieselbe Zeit, da diese Erinnerung durch die Presse ging, erfuhr man beiläufig durch die Aussage des Generalfeldmarschalls Keitel im Nürnberger Prozeß, wie schwach damals die deutsche Westfront belegt war.

Überhaupt hat der *Nürnberger Prozeß* jüngst einige höchst interessante Feststellungen gebracht, und er entwickelt sich nachgerade zu einer historischen Dokumentation von besonderer Bedeutung, während er sich am Anfang eher durch Langeweile auszeichnete. Hier wären insbesondere die Ausssagen Ribbentrops über das *deutsch-russische Geheimabkommen* festzuhalten, welche erkennen lassen, wie weit sich die Politik Adolf Hitlers an die östliche Großmacht verkaufte (und wie eng sich Stalin mit dem Faschismus verbündete...). Außerdem mußte aber insbesondere aus der Vernehmlassung Keitels zu der Ausrottungspolitik Adolf Hitlers auf eine Gesinnung im Bereiche der *deutschen Generalität* geschlossen werden, welche nun freilich in einem schreienden Gegensatz zu dem Bilde steht, das man uns bisher von der soldatischen Tradition insbesondere des preußischen Offiziers zu machen beliebte. Denn hier sind offensichtlich reine Verbrechen in Verbindung mit der Kriegführung ohne ernstlichen Widerspruch hingenommen und gedeckt worden. Es ist zu hoffen, daß am Ende auch das zunächst beteiligte deutsche Volk die politischen Folgerungen aus diesen wirklich vernichtenden Erkenntnissen ziehen werde, wenn es sich erst einmal von den Verwirrungen im Gefolge seiner Niederlage erholt hat.

Von großem Interesse erscheinen die Entwicklungen, die sich dem Bereiche der *panamerikanischen Politik* abzuzeichnen beginnen, seitdem die argentinischen Wahlen vorbei sind. Die Vereinigten Staaten sind offensichtlich im Begriffe, nunmehr ihre Politik gegenüber *Argentinien* entschlossen umzustellen, wobei man sich freilich fragen muß, wie weit diese Umstellung sich praktisch wird durchführen lassen, da doch die Gegensätze zwischen den beiden großen Ländern in der Hauptsache auf wirtschaftlichem Gebiete liegen. Außerdem aber ist es für die innere Unabhängigkeit des als faschistisch verschrieenen neuen argentinischen Präsidenten Perôn bezeichnend, daß nun mit Beschleunigung *Beziehungen auch zu der Sowjetunion* aufgenommen werden sollen, wie denn anderseits die östliche Großmacht ihrerseits nicht zögert, auf diese Normalisierung der Beziehungen einzutreten. Das scheint uns wieder einmal ein Beweis dafür, wie schnell oftmals das ideologische Gerede verstummt, wenn die wirtschaftlichen Interessen mit Macht zu spielen beginnen...

Noch immer harrt das *britische Anleihegesuch* in den Vereinigten Staaten der Zustimmung des Kongresses, und mancher Europäer wird vielleicht die Behandlung nachgerade als unwürdig empfinden, die man jenseits des Ozeans einer europäischen Macht angedeihen läßt, die sich um das Schicksal der Menschheit eben erst in höchstem Maße verdient gemacht hat. Wie aber die Stimmung in den nach wie vor recht tätigen Kreisen des Isolationismus in Amerika in Wahrheit beschaffen ist, sobald es um das *Verhältnis zu Großbritannien* geht, das zeigte sich unlängst bei der Debatte über die Militärdienstpflicht im amerikanischen Senat, von welcher folgendes gemeldet wurde:

«Der demokratische Senator Pepper forderte im amerikanischen Senat Großbritannien auf, zuerst seine eigenen Truppen aus Transjordanien, dem Irak und Palästina zurückzuziehen, bevor es die Anwesenheit russischer Truppen im Iran kritisierte. Der Redner machte dann den Vereinigten Staaten Vorwürfe wegen ihrer Allianz mit Großbritannien, wobei er die Ausdrücke ‚Heuchelei' und ‚Komödie' verwendete. Er fügte bei: ‚Ich werde nicht für die Verlängerung des obligatorischen Militärdienstes stimmen, wenn wir unsere Streitkräfte für die Verteidigung des erbärmlichen Status quo der Welt benützen'. Pepper erntete darauf scharfen Widerspruch anderer Senatoren».

Zürich, den 27. April 1946. *Jann v. Sprecher.*

Italien vor der großen Entscheidung

Italien steht mitten in den Kommunalwahlen und vor seiner großen Entscheidung über die zukünftige Staatsform, die am 2. Juni fallen wird. Eine kurze Lagebetrachtung dürfte in diesem Zeitpunkt nicht unangebracht sein, zumal sich neue Orientierungen abzeichnen.

Unserm südlichen Nachbarn gerecht zu werden, fällt uns Nordländern wegen der Verschiedenheit unserer Naturelle schwer (und die Erfahrungen, die Italien mit den Deutschen, den Tommies und den GI's gemacht hat, zeigen, daß sich das «Nordland» von Göschenen bis Königsberg und Edinburg, von Wien bis San Francisco ausdehnt). Wir neigen viel zu stark dazu, die Welt rational zu begreifen, während gerade Italien viel eher *irrational* erfaßt werden muß. Die Rechnung geht in den italienischen Belangen selten auf; meistens kommt es anders, als man logiscehrweise erwarten dürfte. Hätten die Besetzungstruppen beider Lager seit Kriegsbeginn diesem Umstand mehr Rechnung getragen, wäre vieles anders, und wohl besser, gekommen.

Politische Lage

In den vergangenen Wochen kehrten einige tausend Italiener aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück. In verschiedenen italienischen Städten kam es dabei zu Zwischenfällen, da ein Teil der Heimkehrer aus seiner antikommunistischen Einstellung kein Hehl machte: rote Fahnen wurden heruntergerissen und Parteianhänger der Linken währschaft verprügelt. Ich stelle diese kleine, an sich belanglose Episode (die sich wohl noch wiederholen dürfte) deshalb meinen Ausführungen voran, weil ich in diesen zurückkehrenden Italienern ein Symbol der gegenwärtigen Lage ihrer Heimat sehe. Findet sich nicht auch Italien selber nach Jahren der Gefangenschaft (der faschistischen, der deutschen, und zuletzt der alliierten Protektion) endlich auf dem Wege zur Freiheit, zur Eigenbestimmung seines Schicksals, wie seine Söhne, die es nach Jahren langer, schmerzlicher Trennung wiedersieht? Und hier wie dort sind gelegentliche Exzesse nur allzuverständlich. Wer jahrzehntelang an Krücken gegangen ist, findet die forsche, sichere Gangart des Gesunden erst nach langer Übung wieder. Sollte es bei Völkern anders als bei Individuen sein?

Jeder uneingenommene Beobachter muß im Gegenteil zugeben (der Einsichtige erwartete allerdings trotz der beständigen Unkenrufe einheimischer und fremder Schwarzseher kein anderes Resultat), daß Italien bis jetzt die Hauptproben zu seiner großen Wahlschlacht am 2. Juni, welche die Wahl der Konstituante und den Volksentscheid über die Frage: Monarchie oder Republik bringen wird, mit erstaunlicher *Disziplin und Reife* bestanden hat. Man hat den Eindruck, daß es, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in den bis jetzt in ca. 5800 Gemeinden durchgeführten Kommunalwahlen im großen ganzen mit rechten Dingen zugegangen ist. Die rest-

lichen 1400 Städte und Dörfer werden erst nach dem 2. Juni an die Reihe kommen. Gewiß stand die Landbevölkerung bei den bisher durchgeführten Abstimmungen in vielen Zonen unter Parteidruck, doch von einem eigentlichen Gewissensterror kann nicht gesprochen werden. Mehr noch als von der Wahldisziplin war die öffentliche Meinung von der *Konstanz der Parteistimmenverteilung* in den einzelnen Landesgegenden überrascht.

Der «blocco della ricostruzione» genannte Wahlblock der Kommunisten und Sozialisten brachte es unter Hinzurechnung der an verschiedenen Orten einzeln abgegebenen Stimmen auf ungefähr 40 % der Gesamtstimmenzahl, die stärkste Einzelpartei, die «Democrazia Cristiana» (Christlichsozialen) auf etwas über 30 %, während sich der Rest auf die Splitterparteien des Zentrums und der Rechten verteilen. Eine Bolschewisierung von innen heraus ist trotz der starken Linksgruppe kaum zu erwarten, denn die weitgehend auf ihre politische Unabhängigkeit bedachte sozialistische Partei wird aller Erwartung nach etwaige kommunistische Radikalisierungstendenzen abzubremsen wissen, selbst wenn sich die beiden Parteien vereinigen sollten, was nach dem Parteikongreß in Florenz wenig wahrscheinlich ist.

Übrigens darf man bei der nüchternen Beurteilung der bisherigen Wahlresultate nicht außer Acht lassen, daß gewisse Landesgegenden starke Linksmehrheiten aufweisen, wo die Bevölkerung bis jetzt eine überdurchschnittliche Ausgeglichenheit und Abneigung gegen den Extremismus an den Tag legten, so z. B. Mittelitalien südlich des Appennin. Das auffällige Abgleiten der Toskana nach links muß anders beurteilt werden, als die Wahlresultate der Romagna und Emilia z. B., die von jeher militante Hochburgen extremer Richtungen waren: Mussolini war bekanntlich Romagnole!

Ferner darf man bei der Betrachtung der vorliegenden und der am 2. Juni zu erwartenden Ergebnisse nicht außer Acht lassen, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Notlage des Mittel- und Arbeiterstandes einen kräftigen Ruck nach links als Ausdruck der Hoffnung auf einen Ausweg aus der Misère erwarten ließen. Man ist sogar erstaunt, daß er angesichts der zahllosen Schwierigkeiten, mit denen der kleine Mann zu kämpfen hat, nicht kräftiger ausgefallen ist. Vielleicht dürfte die Politik, die Rußland bisher in der Reparations- und Koloniefrage, und sein Satellit Tito in der Triestiner Frage gespielt haben, an dieser abgebremsten Linksdrehung nicht ohne Einfluß geblieben sein, denn trotz seines Notstandes bleibt der Italiener Patriot bis ins Mark, woran auch gelegentliche defaitistische Äußerungen nichts ändern. Darüber, daß *Triest* italienisch ist und bleiben muß, hört man gegenwärtig in Italien nur *eine* Stimme. Interessanterweise ereifert man sich über die Frage der zukünftigen Zugehörigkeit des *Südtirols* weit weniger; vielleicht deshalb, weil man ohne weiteres annimmt, daß es Italien verbleiben wird.

Diese relative politische Krisenfestigkeit darf aber nicht zum Schlusse verleiten, daß in Italien alles beim Alten verbleiben wird. Obzwar sich die Aussichten für den Weiterbestand der Monarchie in den vergangenen Monaten eher etwas gebessert haben, rechnen Kenner doch mit einer 60—70 %igen Mehrheit für die Republik. Die in Süditalien zu erwartende Mehrheit für die Monarchie dürfte durch den fast durchwegs republikanisch eingestellten Norden mehr als kompensiert werden. Immerhin liegt eine Überraschung auch hier im Bereiche der Möglichkeit. Welches aber auch immer das künftige System sein wird, ob *Linksblock* (Christlichsozale, Sozialisten und Kommunisten) oder eine bis weit nach rechts reichende *Koalition,* jede kommende Regierung wird eine den breiten Volksmassen wirtschaftlich und sozial stark entgegenkommende Richtung einschlagen müssen, — eine Politik, der sich übrigens der jetzt perhorreszierte Faschismus schon verschrieben hatte. Zweifellos sind die kürzlich angeordnete Verlagerung aller Soziallasten auf den Arbeitgeber und die Erhöhung von 50 % auf 60 % des dem Bauern zufallenden Halbpachtanteiles in vielen Gegenden Mittelitaliens deutliche Symptome einer sich abzeichnenden kräftigen Tendenz des «andare verso il popolo».

Bevor wir uns dem wirtschaftlichen Sektor zuwenden, sei noch ein Wort über das gegenwärtige Besetzungsregime gesagt: die angelsächsischen Truppen sind weitgehend aus den italienischen Ortschaften verschwunden. Es werden noch geringe Truppeneinheiten als Garnisonstruppen aufrecht erhalten, die zu einem großen Teil den Respekt einflößenden Military-Police-Verbänden angehören. Es ist allerdings kein Geheimnis, daß trotz der formalen Autonomie, welche die italienische Regierung nun fast auf allen Gebieten zugestanden erhalten hat, den alliierten Wünschen Rechnung getragen werden muß. (Der bis heute nicht in Kraft gesetzte italienisch-schweizerische Handelsvertrag, der von beiden Handelspartnern lebhaft begrüßt worden war, spricht eine deutliche Sprache.) Wer da glaubt, die alliierte Kontrolle gehöre der Vergangenheit an, kann rasch eines bessern belehrt werden, wenn er plötzlich von M. P.'s aus Chicago oder Manchester auf der Straße angehalten und auf Waffen und alliierte Zigaretten untersucht, oder der Inhalt des Benzinbehälters seines Autos einer gründlichen Farbprobe unterzogen wird. Schweizerpässe haben da nicht immer die Wunderwirkung, welche sich ihre Inhaber in Überschätzung ihres Landeskredites versprechen.

Wirtschaftliche Lage

Gerade in der ökonomischen Entwicklung trifft die eingangs erwähnte Illogik am treffendsten zu. Aller Berechnung und Voraussicht nach sollte die italienische Wirtschaftslage eigentlich weit schlimmer als vor Jahresfrist sein, war doch einmal die *Ernte* beinahe aller Produkte wegen der furchtbaren Dürre, wie sie Italien seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hatte, denkbar schlecht. Nicht nur das Getreide, sondern die allermeisten Bodenprodukte (Kartoffeln, Reis, Mais, Hülsenfrüchte, Futtermittel) wie auch Obst usw. wurden in weit unter dem Mittel liegenden Mengen eingebracht. Einzig die Weinernte war in gewissen Landesgegenden quantitativ, wie auch des heißen Wetters wegen, qualitativ befriedigend. Aber der Mensch lebt auch im weinliebenden Italien nicht von Rebensaft allein. Die weitgehende Naturalverpflegung der Besetzungstruppen aus den ohnehin schwachen Ernteerträgnissen machte die Situation nicht besser.

Die *Industrie* ist infolge *Kohlenmangels* bis heute in ihrer Produktion weitgehend gehemmt, nachdem die endlich in Gang gekommene Versorgung mit Rohmaterialien wie Baumwolle, Wolle, Gummi, Zellulose etc. eine Produktionsintensivierung in nahe Aussicht gestellt hatte (über die akute Kohlennot wissen die Hausfrauen am besten Bescheid, leben doch die Gaswerke sozusagen von der Hand in den Mund: erleidet irgend ein Kohlenschiff aus Amerika zwei Tage Verspätung, wird die ohnehin knappe Gaszuteilung unverzüglich weiter herabgesetzt). Auch die *Elektrizitätsversorgung* ließ im vergangenen Winter noch viel zu wünschen übrig; lediglich der ausgiebigen Frühjahrsregenfälle wegen hat sie sich kürzlich vorübergehend verbessert. Sollte die industrielle Tätigkeit jedoch wieder in vollen Gang kommen, wird die Stromversorgung neuerdings ein akutes Problem werden. Dazu kommt noch die starke *Absatzstockung im Einzelhandel,* die zu einem eigentlichen Kaufstreik ausgeartet ist.

Ist es nun nicht geradezu erstaunlich, ja beinahe widersinnig, wenn trotz all dieser negativen Faktoren, die in der gleichen Zeitspanne in Griechenland z. B. zu einer fortschreitenden Vernichtung der Landeswährung geführt haben, der Goldpreis und damit die darauf basierenden Währungen, wie Dollar und Schweizerfrankennoten im Laufe der letzten sechs Monate um volle 40 % gesunken sind? Während noch vor einem halben Jahre der Franken am Schwarzmarkt mühelos zu 150 Lire Absatz fand, ist er heute zur offiziösen Quotierung von 90 kaum an den Mann zu bringen, weil man eine weitere Aufwertung der Lire für durchaus möglich hält. Welches sind die Gründe dieses wirtschaftlichen Phänomens? Zum Teil bestimmt die Liquidierung der gehorteten Gold- und Devisenvorräte von Seiten des italienischen Publikums; wenn aber einerseits wirtschaftlicher Zwang beim allgemein

schlechten Geschäftsgang dazu führte, so andererseits doch bestimmt auch die Überzeugung, daß die *Inflationsgefahr in Italien beschworen* ist. Was aber hat diesen beachtenswerten Meinungsumschwung innerhalb des letzten halben Jahres herbeigeführt? Aussicht auf baldige wirtschaftliche Besserung, Hoffnung auf politische Stabilisierung, offensichtliche Abnahme der Deliktwelle? Alle diese Umstände mögen ihren Beitrag an dieses Revirement geleistet haben. Den Hauptgrund sehe ich jedoch in einem viel bescheideneren, aber umso nachhaltigeren Faktor: in der *Rückkehr des italienischen Volkes zur Arbeit und Sparsamkeit.* Diese Tatsache läßt sich vielleicht vorläufig statistisch noch kaum richtig erfassen (außer daß die Ersparnisse trotz der gegenwärtigen Deflationskrise im Wachsen sind, wie kürzlich Tresorminister Corbino verkündete). Sie ist aber nicht weniger zutreffend. Freilich zeigt sie sich nur jenen Beobachtern, die mitten im Wirtschaftsleben und damit in täglichem Kontakt mit der breiten Masse stehen. Wer die Mühe nicht scheut, den Bauern, den Handwerkern, den Arbeitern nachzugehen, wird in dieser Hinsicht nicht nur einen deutlichen Gesinnungswandel seit dem letzten Sommer finden, sondern — was noch mehr ins Gewicht fällt — erfreuliche Leistungssteigerungen. Italien hat den Weg eingeschlagen, den einsichtliche Wirtschaftsführer und Freunde ihm als alleinigen Ausweg aus seiner Notlage gewiesen haben, den Weg des harten, unermüdlichen Arbeitseinsatzes.

Finanzlage

Obwohl die Notenpresse nach formeller Erklärung des Tresorministers Corbino stillgelegt wurde, bleibt die Finanzlage nach wie vor gespannt; denn einen ausgeglichenen Staatshaushalt wird Italien wohl noch jahrelang nicht verwirklichen können, obwohl damit zu rechnen ist, daß das diesjährige Budgetdefizit von nahezu 300 Milliarden Lire in den kommenden Jahren massiv herabgesetzt werden wird. Eine wichtige finanzielle Konzession hat die italienische Regierung mittlerweile von den Alliierten zugestanden erhalten: die Kontrolle über die Ausgabe der Amlire, deren Umlaufsbetrag nahezu 100 Milliarden Lire erreicht hatte. Über dieses Amlire-Konto wurde übrigens ein nicht unbeträchtlicher Export betrieben, indem durch Vermittlung der sogenannten «Giftshops» bedeutende Mengen von handwerklich hergestellten Textilwaren den Weg nach Amerika und nach dem britischen Imperium fanden. Während die U.S.A. Italien Dollarkredite in Amerika für die von seinen Besetzungstruppen auf der Halbinsel ausgegebenen Amlire eröffnete und damit die ganze Okkupation sozusagen selber finanzierten, traf dies für England nicht zu. Während man Deutschland aber der wirtschaftlichen Ausplünderung Italiens zieh, als es seine Warenbezüge mit in Italien gedruckten Banknoten bezahlte, wird die britische Taktik, die der deutschen im Prinzip entspricht und nur in den Ausmaßen viel bescheidener ist, mit Stillschweigen übergangen, wenigstens gegenwärtig noch.

Hand in Hand mit der *finanziellen Sanierung* geht ein Abbau der inflatorisch übersetzten Preise. Das Bargeld ist wieder rarer geworden, der Käufer wählerischer. Vom gegenwärtigen *Preiszerfall* betroffen wurde vor allem der *Ersatzstoffsektor der Textilwirtschaft.* Kunstseideprodukte sind der galoppierenden Schwindsucht verfallen, während sich echte Woll- und Baumwollprodukte eher halten konnten. Wohl infolge vermehrter Schlachtviehauffuhr sind auch die Ledrepreise stark gefallen. Nur unwesentlich haben sich hingegen aus den bereits erwähnten Gründen die *Lebensmittelpreise* gesenkt, doch eine einigermaßen befriedigende Ernte dürfte auch auf diesem Gebiete in einigen Monaten Wunder wirken. Die dramatisch zugespitzte Versorgungslage der Zerealien hat den Brotpreis am freien Markt kürzlich um 40% erhöht, und weitere Steigerungen sind bis zum Sommer wohl kaum zu umgehen. Es ist immerhin eigentümlich, und tröstlich zugleich, daß bis jetzt Brot am freien Markt in genügenden Mengen zu kaufen war. Glücklicherweise ist der Stand der Staaten befriedigend. Wenn in den kommenden Wochen genügend Regen fallen wird, dürfte im Juli der gegenwärtige Engpaß der Versorgungslage überwunden

sein. Diese günstigen Aussichten dürfen aber nicht über die heutige Not weiter Volkskreise hinwegtäuschen. Brot zu Lire 70—150 das Kilo (der Schwarzmarktpreis ändert sich je nach der Landesgegend) ist bei den gegenwärtigen Arbeitertaglöhnen von ca. Lira 250—350 ein fast unerschwinglicher Luxus. Auf die Lebensmittelkarten bekommt der Italiener zu niedrigen Preisen heute nur 200 Gramm Brot täglich, ferner 100 bis 200 Gramm Zucker und Fett pro Monat, und recht unregelmäßig einige hundert Gramm Reis, Teigwaren und Käse. Für die restlichen Kalorien hat er sich selber umzutun.

Wenn die schlechten Ernteerträgnisse an dieser vor allem den fixbesoldeten Mittelstand schwer treffenden Misère in erster Linie schuld sind, so haben auch *Mangel an Disziplin* und vor allem das *Fehlen nationaler Solidarität* (worin gerade England der Welt ein so glänzendes Beispiel bot und bietet) einen großen Anteil an der augenblicklichen Notlage. Immerhin darf man dem Italiener nicht vorwerfen, ein kalter Egoist zu sein. Nur geht sein Solidaritätsgefühl im allgemeinen nicht über den englischen Familienkreis, höchstens noch Sippenkreis hinaus. Genau wie sich seine Vorfahren im Mittelalter familienweise in die Stadttürme zurückzogen, ist für ihn auch heute noch der Volksgenosse jenseits der Gasse ein Fremder, dessen Schicksal ihn nicht berührt. Im eigenen, engen Familienzirkel ist der Italiener aber der größten Aufopferung fähig, wovon er täglich Beweise gibt. Die Aufsplitterung in diese kleinen Einheiten verhindert nun wohl das Gelingen imperialer Politik, das die restlose Hingabe des Einzelnen an das Ganze zur Voraussetzung hat, wie der vergangene Krieg eindeutig zeigte. Sie hat aber auch ihre positiven Seiten: sie führt zu einer *Krisenfestigkeit,* die gerade in stürmischen Übergangsperioden wie der gegenwärtigen nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Sie ermöglicht der Bevölkerung das Durchhalten in schwierigen Verhältnissen und bewahrt sie vor Radikalisierung, die sonst unvermeidlich wäre.

Verkehrswesen

Die hauptsächlichsten Nord-Süd-Verbindungen des *Eisenbahnnetzes* (Genua-Livorno-Rom und Bologna-Florenz-Rom) funktionieren nun wieder eingleisig, allerdings mit noch sehr langer Fahrdauer bei minimalster Zugsdichte. Wohl noch lange wird der große Mangel an Rollmaterial die Reisenden zwingen, im Vororts- und Nahverkehr mit Güterwagen vorlieb zu nehmen. Die akute Benzinknappheit hat bis jetzt eine Freigabe des *Straßenverkehrs* noch nicht gestattet, doch wurde er schon gelockert, und weitere Erleichterungen stehen in Aussicht.

Die furchtbare Dezimierung der italienischen *Handelsflotte* wird den Überseeverkehr mit eigenen Schiffen noch jahrelang stark beeinträchtigen, doch ist Italien heute schon wieder mit der ganzen Welt durch regelmäßige *Frachtschiffkurse* verbunden, denen in absehbarer Zeit wohl auch Passagierdienste folgen werden.

Die größten Hoffnungen setzt unser südliches Nachbarland auf die Entwicklung der *Zivilaviatik.* Italien sucht mit allen Mitteln aus der furchtbaren Isolierung herauszukommen, in welche es die faschistische Katastrophenpolitik hineinmanövriert hatte. Mit größter Genugtuung begrüßte es deshalb die direkte Luftverbindung durch die Transworld-Airline mit New York über Genf und Paris, und die Nachricht, daß die Allied Commission die Wiedererrichtung eines zivilen Flugdienstes zwischen den italienischen Städten gestattet hatte, wurde noch viel freudiger begrüßt.

Genau wie die Schweiz sucht Italien wieder den Anschluß an die Welt und damit die Rückgewinnung seines internationalen Prestiges. Es ist diesem Ziele trotz seiner großen Anstrengungen noch nicht in allen Teilen nahe gekommen, aber es hat in den letzten sechs Monaten ganz bedeutende Fortschritte auf dem dornigen Weg des Wiederaufstieges erzielt. Ist nicht die 20 Milliarden-Anleihe, die ein schweizerisch-französisches Bankenkonsortium der Stadt Mailand zu gewähren bereit ist, der beste Beweis hierfür?

Glaube an Italiens Zukunft

Das heutige Italien gleicht einer Vorfrühlingslandschaft nach Abzug der Winterstürme. Öde und verwahrlost liegt das Land da, sich erst allmählich aus der furchtbaren Verwüstung und Erstarrung zum Leben zurücktastend. Da und dort keimen erste Frühlingsblumen neben riesigen Schutthaufen, doch ist alles viel mehr Versprechen als Wirklichkeit. Aber der werdende Frühling liegt in der Luft, er wird sich durchsetzen, mögen auch immer neue Regenschauer und Kälteeinbrüche sein Kommen verlangsamen. Freilich wer im Eilzugstempo durch Italien reist oder es bloß durch das Hotelfenster beobachtet, wird seiner kaum gewahr werden. Ihn werden die negativen Aspekte so beeindrucken (besonders wenn er aus einem so geordneten Lande wie die Schweiz kommt), daß er die still und versteckt am Wegrande blühenden Schlüsselblumen nicht bemerkt. So wird er erschrocken davon berichten, daß z. B. vom Kirchturm der Kathedrale von Modena ein fünf Meter hohes, blutrotes Sichel- und Hammer-Transparent den überwältigenden Wahlsieg der Kommunisten in der Emilia kilometerweit verkündet, er wird seiner Empörung über den schamlosen Schwarzmarkt im Schatten der Santa Maria Novella-Kirche in Florenz, über die Korruption in den staatlichen Ämtern in Rom, über die furchtbare materielle und moralische Verwahrlosung der Jugend in Neapel Ausdruck geben, und je nach Temperament von Pessimismus triefende Kommentare oder ebenso wohlgemeinte wie wirkungslose Ratschläge an die Adresse der Italiener veröffentlichen. Er wird aber nicht wissen, weil ihm die Vergleichsmöglichkeit fehlt, wie viel besser die Situation heute als vor sechs oder zwölf Monaten ist. Wenn die italienischen, und im Gefolge auch die ausländischen Zeitungen einem blutigen Raubmordprozeß spaltenlange Artikel widmen, die Tatsache aber, daß gleichzeitig die öffentlichen Anlagen der italienischen Städte trotz der enormen materiellen Nöte heute wieder in der schönsten Vorkriegsblumenpracht prangen und mit rührender Sorgfalt gepflegt werden, mit keiner Silbe erwähnen, so ist das zweite Faktum für die richtige Beurteilung Italiens doch viel wichtiger. Italien wird in wenigen Jahren geläutert aus der gegenwärtigen Notlage herauskommen, nachdem es auf dem besten Wege ist, sich wieder zu finden. Es strebt heute der Verwirklichung jenes großen Pestalozziwortes zu: «Laßt uns wieder Menschen werden, damit wir Bürger, damit wir Staaten werden können». Seine besten Köpfe wissen, daß nur die Rückkehr zur Menschlichkeit, nur sie allein, den Wiederaufbau Italiens, Europas und der Welt bringen kann.

Florenz, Ende April 1946. *Peregrinus.*

Schweizerische Umschau

«Volksumfrage 1946» — Spezielles vom Interkontinentalen Großflughafen in Kloten bei Zürich

Auf die *«Volksumfrage 1946»* habe ich keine Antwort gegeben. Lieber benütze ich die Einladung zur Meinungsäußerung und das Frageschema, um mich im Rahmen dieser Umschau darüber auszusprechen. Und eine Würdigung verdient das neueste politische Unternehmen gewiß, weil es bei aller erschreckenden Fremdartigkeit doch von großem Wohlwollen für das Vaterland getragen ist. Die Kreise der «Neuen Helvetischen Gesellschaft» haben damit zum wiederholten Male ihr ernsthaftes Bestreben an den Tag gelegt, die Gegensätze unter den Eidgenossen zu mildern und zu versöhnen. Wenn ihnen dabei der Erfolg versagt geblieben ist, so mag das in den hiernach geschilderten Umständen begründet sein.

Die «Volksumfrage» schlägt zunächst dem ganzen politischen Leben ins Gesicht, indem sie, die Parteien übergehend, unmittelbar den einzelnen Bürger um seine politische Meinungsäußerung ersucht, indem sie den Mann seiner alleinigen politischen Herrschaft entsetzt und ihm die Frau politisch als gleichberechtigt zur Seite stellt, und endlich indem sie konkret-aktuelle, zwangsweise Stimmabgabe der

Demokratie durch eine prinzipiell-inaktuelle, freiwillige Stimmabgabe — ebenfalls mit dem Anspruche auf Entscheidungskraft — ersetzt. Dieses ganze Unternehmen erscheint eingebettet in das mollige Gefühl eines Volkes, welches die Kriegsnöte trotz ihrer Gefahren und Schrecknisse überstanden hat und nun die wieder gewonnene Beschaulichkeit dazu benutzt, um über die Erhaltung der Eintracht und des Wohllebens etwas zu philosophieren. Jedenfalls entbehrt diese Art politischer Betätigung des tatsächlichen Ernstes der politischen Entscheidung: Politik ist nicht mehr Kampf, sondern bloß noch Diskussion. Es zeigt sich da übrigens eine merkwürdige Parallele mit dem Aufkommen der Jugendparlamente, von denen im vorletzten Hefte die Rede war.

Ein anderes Merkmal der «Volksumfrage» besteht in ihrer wissenschaftlichen Grundhaltung und Aufmachung, weswegen sie versagen mußte. Glaubt jemand im Ernst, daß die Ankündigung, man werde «die Antworten auf zwei Arten verarbeiten» und «das Ergebnis in einem Buche veröffentlichen», bei unserer Bevölkerung irgend ein Interesse auszulösen vermöchte? Oder etwa die Ankündigung, man werde buchmäßig «jene Grundsätze, die die Voraussetzung der Zusammenarbeit in unserer Eidgenossenschaft bilden, herausarbeiten»? Unser Volk ist doch der richtigen Auffassung, daß seine Politik aus dem geistigen Leben fortwährend neu emporwächst, und lehnt es ab, seine Politik wissenschaftlich bestimmen, sich also gewissermaßen in seinem eigenen Netze fangen zu lassen. Wissenschaft mag die Politik rückblickend ergründen, aber sie soll sich nicht anmaßen, politische Richtlinien vorzuschreiben.

Ferner haben die Urheber der «Volksumfrage» offenbar auch nicht damit gerechnet, daß unser Volk es ablehnt, sich auskultieren zu lassen. Wir sind einmal sowieso durch unsere demokratische Verfassung mehr als andere Nationen gezwungen, unsere Meinung zu sagen. Da kann man es niemandem verargen, wenn er findet, er brauche nicht auch noch von der «Neuen Helvetischen Gesellschaft» behört zu werden, schließlich könne man die Richtungen des heutigen politischen Geschehens noch besser aus den Zeitungen, aus dem Parteileben, aus den Ratssälen und Abstimmungsresultaten als aus einer «Volksumfrage» entnehmen. Zudem verfiel der raffiniert ausgedachte Antwortzettel ganz sicher auch der längst gehegten Abneigung gegen das Ausfüllen von Formularen, denn die Statistik steht beileibe nicht überall in demselben Ansehen wie bei den Urhebern der Umfrage, von denen man vermuten könnte, sie würden sie beinahe als Sport betreiben.

Mit besonderem Nachdruck wurde der «Volksumfrage» ein erzieherischer Zweck beigemessen. «Nicht Gallup, sondern Erziehung!» lasen wir irgendwo, und an einem anderen Orte hieß es: «Im erzieherischen Impuls, der dem Unternehmen einer solchen inoffiziellen Volksbefragung innewohnt, die ja Bürger und Bürgerin zu eigener Meinungskundgebung und -formulierung veranlassen soll, erblicken wir das wertvollste Moment von staatsbürgerlicher und eidgenössischer Tragweite» (NZZ, Nr. 333/1946). Auch dieses pädagogische Moment, das offensichtlich von akademischer Seite eingeschaltet wurde, bildete gewiß keinen Anreiz, die erbetenen Antworten zu erteilen. Mit Fug darf es ein politisch mündiger Eidgenosse ablehnen, in die Schülerrolle gewiesen zu werden, namentlich in politischen Dingen, von denen der Akademiker einmal grundsätzlich nicht mehr versteht als der einfache Bürger.

Die Beschäftigung mit den gestellten sechs Fragen hat mich schließlich davon überzeugt, daß sie von einer gewissen Tendenz nicht frei zu sprechen sind. Bedeutet schon die Mitumfrage bei den Frauen eine Stellungnahme für das Frauenstimmrecht, so kam wohl auch die Formulierung der ersten Frage nicht von ungefähr. Ganz neutral hätte man fragen sollen, ob der Mann allein das Stimmrecht behalten oder ob es auch die Frau bekommen solle. Es ging auch nicht an, in etwas abschätziger Weise über den «staatlichen Einfluß auf die Wirtschaft» zu fragen, anstatt über «die staatlichen Maßnahmen in der Wirtschaft». Nach Belieben gehen übrigens die einen Fragen von dem Geforderten und die anderen von dem Bestehenden aus, um es in Frage zu stellen. Nicht ganz mit Unrecht beschwerte sich

z. B. auch die «Berner Tagwacht» (Nr. 57/1946) über die Frage 6 mit Bezug auf die Beibehaltung der Einleitungsworte der Bundesverfassung «Im Namen Gottes des Allmächtigen!», welche Frage besser auf die geistige Grundlage der Eidgenossenschaft gegangen wäre. Wir zitieren beispielshalber, wie in dieser Beziehung etwa reagiert wurde: «Also, wer Ja schreibt, bekennt sich zum Geist, wer Nein sagt, erklärt sich damit als krasser Materialist, Egoist und noch Schlimmeres. Wenn *so* gemeint ist — und ungefähr so verstehen es unzweifelhaft die Veranstalter der «Abstimmung» —, dann haben wir Sozialisten, die von den Kreisen der Neuen Helvetischen Gesellschaft ohnehin als geistfeindliche Nihilisten angesehen werden, erst recht Anlaß, die Stimmkarten dorthin zu werfen, wohin sie sowieso gehören: in den Papierkorb».

Nachdem die Umfrage bei 2 600 000 Bürgern bloß 60 000 Antworten ergeben hat — entgegen den mindestens 100 000 erwarteten —, bleibt wohl nichts anderes übrig, als das Versagen der «Volksumfrage 1946» festzustellen. Auch wenn nämlich die eingegangenen Antworten «fast ausnahmslos mit besonnenem Ernst ausgefüllt» wurden, so läßt sich doch daraus nichts Eindeutiges und Wegweisendes ableiten. Der an sich schöne und verdienstliche Gedanke der Initianten, den gewiß bestehenden Fundus von allgemeinen politischen Grundsätzen aufzudecken und «zur Besinnung über die Grundlagen des eidgenössischen Zusammenlebens aufzurufen», wird sich auf einem anderen Wege, durch die Untersuchung der praktisch-politischen Erscheinungen, erfüllen müssen. Nicht zu erfüllen vermag sich aber die andere Absicht, auf dem Wege wissenschaftlicher Ergründung «bleibende Richtpunkte» des Gemeinschaftslebens zu gewinnen, denn die Wissenschaft, welche sich mit der Politik befaßt, blickt stets in die Vergangenheit zurück und ist außer Stande, dem dahin wallenden politischen Strome auf die Dauer ein Bett anzuweisen.

* * *

Der Zürcher Regierungsrat Corrodi hat das Bauvorhaben des *interkontinentalen Großflughafens in Kloten* bei Zürich mit den folgenden Worten gekennzeichnet: «Die Aufgabe, die wir uns stellen, ist eine wundervolle, eine wahrhaft schöpferische. Eine ausgedehnte Wildnis dicht vor den Toren Zürichs, unfruchtbares, ödes Riedland wird von Grund auf umgeschaffen und in den Dienst menschlicher Kultur gestellt, einerseits in den Dienst der Wirtschaft durch Errichtung des unsere Verbindungen mit der weiten Welt sichernden Flughafens, andererseits in den Dienst der Volksernährung durch die Schaffung einer blühenden Kulturlandschaft». Diese schöpferische Begeisterung hat sich nach und nach auf weite Kreise der Bevölkerung übertragen, so daß — wenn man auf die Stimme des Kantonsrates und der Parteien hören wollte — die Annahme des 36 Millionen-Kredites für den Großflughafen in sicherer Aussicht stünde. Manche Mitbürger indessen stehen doch staunend vor dem gewaltigen Plane und wissen nicht, was sie dazu sagen sollen; den Technikern und Verkehrsinteressenten jedenfalls sind sie in der Beurteilung nicht gewachsen. Wenn an dieser Stelle nun das Wort ergriffen wird, so geschieht es nicht deswegen, um längst Gesagtes zu wiederholen, sondern um den Finger auf einige wenig bekannte Aspekte des Flughafenprojektes zu legen.

Da haben wir einmal den Waffenplatz Kloten-Bülach, welcher in der Diskussion recht schlecht wegzukommen pflegt. Er soll zu seinem artilleristischen Zwecke nicht mehr taugen und aus verwahrlostem Lande bestehen. Demgegenüber muß doch festgehalten werden, daß das Gelände seit dem Jahre 1910, ja schon in früheren Jahren, für die Schießübungen der Artillerie die besten Dienste geleistet hat. Kein anderer Platz kann so wie dieser das ganze Jahr hindurch für Schulen und Offizierskurse, zum Ausexerzieren des Schießens in allen Beziehungen, zumal für die Beobachtung in immer wieder neuen Situationen Verwendung finden. Er zeigt, umrahmt von niedrigen Hügeln, eine bei uns seltene Ebenheit und erlaubt ein Schießen in beiden Richtungen, ja sogar noch ein Querschießen. In dem jetzt so viel geschmähten

Sumpfe, der übrigens Naturbilder von seltenem Reize bietet, sind alle Vorbedingungen gegeben, die an einen Schießplatz gestellt werden müssen, und das übrige Land hat entweder als Wiese, Acker oder Wald immer noch den einer angemessenen Pflege entsprechenden Ertrag abgeworfen. Es dürfte sich übrigens fragen, ob nicht das Areal, welches in Verbindung mit dem Flughafen durch Entzug aus dem Schußbereiche gewonnen wird, an einer anderen Stelle im Schweizerland, sei es durch die Anlegung eines neuen oder durch die Erweiterung eines alten Schießplatzes, wieder verloren geht. Jedenfalls dürfen die an dem Flughafen interessierten Kreise der früheren Entwickelung, welche zu der Anlage des Schießplatzes, insbesondere zur Freilassung der ganzen Glattalebene von Kloten bis Bülach von Siedelungen und Eisenbahnen geführt hat, nur dankbar sein. Hätte nicht der Bund seinerzeit mit großer Mühe und in manchem schwierigen Expropriationsverfahren das Gebiet in seine Hand gebracht, so ließe jedenfalls nicht nur örtlich, sondern auch zeitlich der Großflughafen in der Nähe der Stadt Zürich noch auf sich warten.

Der Flugverkehr nun, auf welchen das vorliegende Projekt abgestimmt ist, wird in den allergrößten Dimensionen angenommen, wenn gleich ein Vollausbau der Anlage noch nicht bewerkstelligt werden soll. Dementsprechend möchte das Projekt gerade von vornherein auch den allerschwersten interkontinentalen Flugzeugtypen dienen. Über die Notwendigkeit einer solch großzügigen Anlage dürften nun wohl in guten Treuen verschiedene Meinungen obwalten. Neben den Voraussetzungen des Projektes läßt sich doch auch denken, daß der Platz Zürich weder jene zentrale Auffangstation des interkontinentalen Flugverkehrs wird, die man bei ihm vermutet, noch daß er nicht eben so gut, ja noch leichter mit kleineren Maschinen erreicht werden kann. Ja, es fragt sich, ob selbst dann, wenn große Flugzeuge sollten erscheinen wollen, nicht doch vorteilhafter auf ihren Besuch verzichtet und die Pisten nur für einen beschränkteren Verkehr hergerichtet werden sollten. Schließlich lohnen sich für den bloßen Durchgangsverkehr allzu große Auslagen keineswegs, und der Flughafen Zürich hat — neben den ebenfalls gut ausgebauten Plätzen bei Basel und Genf — doch kein so riesenhaftes Einzugsgebiet in der Nord- und Ostschweiz, daß er die größten Flugzeugtypen dauernd alimentieren könnte. Es darf in Anbetracht aller Umstände jedenfalls mit Fug bezweifelt werden, ob die geplante Anlage auf das für Zürich richtige Optimum des Flugverkehrs zugeschnitten sei. In der jetzigen unzähmbaren Flugbegeisterung hat man sich wohl in eine zu hohe Sphäre verstiegen.

Nach der Rentabilität der Aufwendungen wird dabei überhaupt nicht gefragt. Wir haben darauf hin z. B. die Weisung des Zürcher Regierungsrates für den anbegehrten 36,8 Millionen-Kredit durchgesehen und nicht gefunden, daß nach einer Selbsterhaltung oder gar nach einem Reinertrag des Werkes getrachtet würde. Es heißt dort nur: «Für die ordentliche Betriebsrechnung ergibt sich nach Fertigstellung des Werkes bei einer Rate von 4 % während 25 Jahren eine jährliche Belastung von 1,396 000 Fr. Daneben erleidet die Betriebsrechnung in der gleichen Zeit einen entsprechenden Ausfall in den Zinserträgnissen des Staatsvermögens» und: «Die Ausgabenseite (des Betriebsbudgets) läßt sich einigermaßen genau überblicken. Dagegen ist man bei den Einnahmen, die vom Umfange des Verkehrs abhängen, auf Schätzungen angewiesen. Ein von der Baudirektion aufgestelltes Betriebsbudget rechnet bei rund 170 000 Fr. Einnahmen und 380 000 Fr. Ausgaben mit einem Betriebsdefizit von rund 210 000 Fr. pro Jahr». Dazu denkt man noch an eine Subventionierung von Luftverkehrsgesellschaften, für die vorläufig einmal noch pro Jahr 270 000 Fr. bereitgestellt werden. Ziehen wir zu diesen kantonalen Ausgaben und Berechnungen noch die Bundesleistungen mit 13,6 und die städtischen Leistungen von Zürich und Winterthur im Betrage von 8,3 Millionen hinzu, so ergibt sich die erhebliche Summe von 59,5 Millionen Franken, die à fonds perdu gebucht werden können, weil die ganze Anlage sich niemals selber bezahlt macht. Die rechnerischen Überlegungen gliedern sich trefflich ein in den heutigen dynamischen Begriff der Volkswirtschaft, wo gerade beim Staat nur mehr auf Beschäftigung und Betrieb, nicht aber auf stabile Werte

an sich geachtet wird. Dem breiten Volke scheint es im übrigen gleichgültig zu sein, daß es von dem Flughafen eigentlich nichts hat; 50 Fr. auf den Kopf der Zürcher Bevölkerung für den Flughafen auszugeben oder vielleicht tausend Franken für eine einzige Landung, scheint auf keinen Widerstand zu stoßen. Nicht ohne Grund wird man übrigens die Vermutung äußern können, daß das Werk noch höher zu stehen kommt, als jetzt vorgesehen ist, und zwar wegen der sich gegebenenfalls einstellenden technischen Schwierigkeiten, die das Gelände bereitet. Auch die Melioration, welche mit dem Flugplatzprojekt verbunden ist, dürfte schwerlich jene schönen Erfolge aufweisen, von denen jetzt die Rede ist. Einmal ist das neue Material, womit das Gelände überdeckt werden soll, nicht absolut kulturfähig, und andererseits verhindert die wenig tief liegende, sehr mächtige Unterlage aus Seekreide eine wirksame Entwässerung. Wintergetreide und Obstwachs z. B. sind auf dem gewonnenen Boden ziemlich sicher ausgeschlossen, und nur intensive Humusdüngung vermag nach langer Zeit eine Bodenverbesserung zu bewirken.

Das Flughafenprojekt hat noch einen anderen Aspekt, an den gemeinhin niemand denkt, und worüber sich selbst die direkt Betroffenen nicht einmal klar sind. Wir meinen die Veränderungen, welche es im Landschafts- und Kulturbild, zumal auch in der Bevölkerung des Zürcher Unterlandes hervorrufen wird. Wirtschaftlich und verkehrstechnisch erscheint der Flughafen als Bestandteil der Großstadt Zürich, die sich damit einmal mehr auf das Land vorschiebt. Die umliegenden Gemeinden geraten damit noch stärker in den Einflußbereich der Stadt, und ihre weitere Entwickelung wird durch den Bestand des Flughafens bestimmt. Ich möchte sagen: sie kommen in die Lage der Anwohner eines Manövrierbahnhofes. Das hat verkehrstechnisch seine Vorteile, aber die Nachteile in anderer Hinsicht sind größer. So muß von vornherein feststehen, daß die umliegenden Gebiete zur unruhigsten Gegend des ganzen Landes werden, was zur Folge hat, daß man sie als Wohngebiete meidet. Auch die Belegung der Waffenplätze Kloten und Bülach erfährt gewisse Veränderungen. Trotzdem hat man die Anliegergemeinden nicht um ihre Meinung zu dem Projekte gefragt, und sie sind heute noch über die zu erwartenden Veränderungen so im Unklaren, daß sie Mühe haben, ihre Interessen zu erkennen, geschweige denn auch nur in einem geringen Maße zu wahren.

Einige spezielle Gedanken zum Flughafenprojekte wurden hier aufgeworfen. Sie sollen gewissermaßen eine Ergänzung bilden zu den amtlichen Vernehmlassungen und zu der öffentlichen Diskussion, die im Fluge der Begeisterung — wie es bei der großen Distanz der Flugzeuge von festem Boden nicht anders zu erwarten ist — gewisse Tatsachen übersehen.

Bülach, am 27. April 1946. *Walter Hildebrandt.*

★ Kulturelle Umschau ★

Das Schweizer Buch in London

Die jetzt in London gezeigte Ausstellung schweizerischer Bücher stellt eine große Überraschung dar, eine freudige Überraschung selbst für denjenigen, der glaubt, mit der Vielfalt, Buntheit und Gediegenheit des Schweizer Verlagswesens vertraut zu sein. Für die meisten Besucher bedeutet diese Ausstellung geradezu eine Offenbarung. Statt provinzieller Kleinstaatlichkeit und Enge — wie sie wohl manch uneingeweihter Besucher, nichts für ungut!, erwartet haben mag — weht durch diese Ausstellung der Geist der Weltliteratur, der Freiheit geistigen Austausches, die keine Grenzen kennt. Hier, im schweizerischen Buch, spiegeln sich die besten Gedanken,